

Es gilt das gesprochene Wort!
Sperrfrist: Samstag, 28. Mai 2022, 12:30 Uhr

Bischof Dr. Franz-Josef Overbeck

**Predigt im Pontificalgottesdienst von und für Arbeitnehmer/-innen -
Samstag 6. Osterwoche – 28. Mai 2022, 12:30 Uhr – Stiftskirche, Stuttgart**

Texte: Apg 18,23-28;
Joh 16,23b-28.

„Unrecht spüren – Fesseln sprengen – Güte wagen“

Liebe Mitbrüder im geistlichen Amt,
liebe Schwestern und Brüder,
liebe Mitglieder der KAB,
liebe Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer,
liebe Gemeinde.

I.

„Wir sind auf der Welt, nicht bloß um die Dinge zu ertragen, sondern sie zu gestalten!“ Diese Handlungsmaxime des Priesters und Sozialpolitikers Heinrich Brauns, der einer der prägenden und maßgeblichen Sozialpolitiker und christlich sozial motivierten Gestalten der Weimarer Republik und für acht Jahre Reichsarbeitsminister war, gibt kurz und prägnant wieder, was Sozialpolitik im weitesten und besten Sinne des Wortes ist: eine politische Form der Nächstenliebe, die für uns Christen unmittelbar verknüpft ist mit der Gottesliebe. Denn wer Gott liebt, muss den Nächsten lieben.

Gerade in den gegenwärtigen Zeiten, die deutlich machen, das große Gegenwarts- und Zukunftsthemen in europäischer und mehr noch globaler Perspektive gestaltet werden müssen und tragfähige Antworten zu finden sind, geht es um ein gutes und gerechtes Leben nicht nur für

heute, sondern auch für morgen. Dies ist von existenzieller Relevanz für alle. Globale Verantwortung bedeutet, sich für die Gerechtigkeit einzusetzen. Die damit einhergehenden Themen zeigen, was dies in den heutigen Transformationsprozessen sozialverträglich bedeutet. Gerade auch für die katholische Soziallehre mit den für sie bedeutsamen Prinzipien von Solidarität, Subsidiarität und Personalität öffnet sich hier nicht nur der Raum für ein persönliches sozialpolitisches Engagement, sondern für ein politisches Eintreten für das Gemeinwohl. Unter dieser Perspektive wird nämlich deutlich, was eine nachhaltige und sichere Energieversorgung, ein gelingender Strukturwandel und nachhaltige und gerechte Beschäftigungsperspektiven zu gestalten heißt. Hier schürzen sich die Suche nach tragfähigen Antworten auf die Frage zu, wie morgen und übermorgen ein gutes und gerechtes Leben möglich sein kann - und das mit existenzieller Relevanz für alle.

Mitten hinein in diese Perspektiven sprechen die drei großen Stichworte, die das Motto des heutigen Gottesdienstes für Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer auf dem Katholikentag zeigt: „Unrecht spüren – Fesseln sprengen – Güte wagen“.

II.

Das Wort „Unrecht spüren“ weist auf die Sensibilität derer hin, die für den Arbeitsmarkt differenzierte Verantwortung tragen, wenn es darum gehen soll, dass Sozialpolitik als konkrete Nächstenliebe in politischer Form eine soziale Dynamik entfalten soll, die immer wieder auf ihre Gerechtigkeitsperspektiven hin befragt werden muss. Bis heute werden immer wieder neue, oft ungeahnte Produktivkräfte freigesetzt und damit ein Wohlstand erwirtschaftet, der für viele nutzbar ist. Wichtig ist dabei, dass alle an diesem Prozess Beteiligten in der Gesellschaft nicht nur anerkannt werden, sondern beieinander bleiben und sich im Grunde nicht wie gegenläufige wirtschaftliche Interessen in Konkurrenz zueinander verhalten, sondern immer wieder den notwendigen arbeitspolitischen und sozialpolitischen Regelungsbedarf wahrnehmen und konkretisieren. Denn die soziale Frage, nicht nur in ihrer klassischen Form, hat bis heute wesentlich mit dem strukturellen Kräfteungleichgewicht zwischen Arbeit und Kapital zu tun. Gerade hier sind in der Tradition des deutschen Sozialstaats die christlichen Arbeitnehmerbewegungen und die Gewerkschaften zu nennen, die immer wieder die Herstellung von Lohngerechtigkeit einfordern, und dabei wissen, wie gefährlich es ist, sich dabei ideologisch zu bekämpfen. Bedeutsam bleibt es, einen Beitrag zu Befriedung der Gesellschaft zu leisten. Es

ist eben hochgradig wichtig, die rechtliche Institutionalisierung des Tarifkonflikts immer wieder zur Grundlage einer Reformpolitik zu machen, die eine sozialstaatliche Befriedung der bekannten Konflikte leisten kann. „Unrecht zu spüren“, bedeutet deshalb positiv gewendet, immer wieder die ordnungspolitische Rahmung und sozialpolitische Abfederung des Wirtschaftslebens anzumahnen. Papst Franziskus formuliert dies für die Kirche in seinem Schreiben „Evangelii Gaudium“ (Nr. 183) folgendermaßen: „Ein authentischer Glaube, der niemals bequem und individualistisch ist, schließt immer den tiefen Wunsch ein, die Welt zu verändern, Werte zu übermitteln, nach unserer Erdenwanderung etwas Besseres zu hinterlassen“. Genau in diesem Zusammenhang gilt, dass Sozialpolitik, die Unrecht spürt und Not sieht, nie nur ein bloßes Instrument ist, um lediglich diese materielle Not zu lindern. Es geht darum, Gesellschaftspolitik zu betreiben, damit alle am Arbeitsprozess Beteiligten gleichberechtigte Mitglieder der Gesellschaft und des demokratischen Rechtsstaates sind. Das ist ein Gebot der Gerechtigkeit um des Gemeinwohls willen. Wer Unrecht aufspürt, der hat den Willen, einen „sozialen Friedensdienst“ zu leisten, einer „sozialen Irenik“ den Weg zu bahnen, wie es Alfred Müller-Armack, der Namensgeber der sozialen Marktwirtschaft nach dem II. Weltkrieg, einmal formuliert hat.

III.

Von hierher ergeben sich automatisch Perspektiven für das zweite große Stichwort des Mottos des heutigen Gottesdienstes. „Fesseln sprengen“. Die Einsicht in diese Logik fordert auch die Kirche heraus. Sie muss den Wandel ihrer öffentlichen Präsenz in diesen Jahren der Zeitenwende konstruktiv gestalten. Ist doch die Kirche in einer postsäkularen Gesellschaft so zu gestalten, dass sie eine Rolle jenseits apologetischer katholischer Lobbyarbeit spielt und sich imstande sieht, programmatisch einen Aufbruch und nicht einen Rückzug auf den Weg zu bringen.¹ Es geht darum, das Evangelium angesichts der Wirklichkeit tiefer und besser verstehen zu lernen, indem sich die Kirche einem kritischen, offenen und lernbereiten Dialog auf den Marktplätzen in der heutigen Öffentlichkeit stellt. Da gegenwärtig die Gleichzeitigkeit des postsäkularen öffentlichen Interesses an Religion und die zunehmende Marginalisierung der Kirchen eines der prägendsten Merkmale der Entwicklung in Deutschland ist, sind hier eben Fesseln zu sprengen, damit die tiefe Botschaft des Christentums, die sich sozialetisch neben der Solidarität auch in der Subsidiarität

¹ Vgl. ZDK, Aufbruch statt Rückzug. Die römisch-katholische Kirche in der Öffentlichkeit heute.

ausweist, neu zur Geltung gebracht werden kann. Wenn wir dies kreativ und konstruktiv als Kirche tun, sind wir das, was Papst Franziskus von der Kirche sagt, nämlich ein „kulturelles Laboratorium“ (vgl. Evangelii Gaudium Nr. 3), das neue Entwicklungen innovationsfreudig aufgreift und sich auf den allseitigen Dialog einlässt. Es geht schlicht um Öffentlichkeit. Diese Öffentlichkeit verbindet so zwei zentrale Anliegen miteinander, nämlich die Rechenschaft über unsere religiösen und theologischen Grundlagen mit unseren weiteren Argumentationslogiken mit größtmöglicher Offenheit öffentlich zu verbinden. Dabei muss die Kirche zweisprachig sein. Sie muss ihre religiöse und theologische Begründung kennen, und sie muss diese Begründung vernünftig darlegen. Gerade die Subsidiarität beweist dies mit der Ernstnahme der differenzierten Strukturen aller Weltzusammenhänge, die auch von der Öffentlichkeit verstanden werden können. Kritisch konstruktiv gerade dort, wo das Denken ideologisch und eng wird. Genau darum haben wir alle jene Fesseln zu sprengen, die verhindern, dass wir einen universalen Horizont einnehmen. Ökumene und Interreligiosität sind von bleibender Bedeutung auch im sozialen Kontext. Wenn die Kirche prophetische Sozialkritik betreibt und permanent an die Reich-Gottes-Botschaft mit ihrem bedeutsamen Stellenwert der Gerechtigkeit und der Nächstenliebe erinnert, dann geht es hier genau um jenen von Papst Franziskus poetisch benannten „Duft des Evangeliums“ (EG Nr. 39), der eine kritisierende, stimulierende und inspirierende Kraft hat. Sozialethik wird hier, gerade angesichts der hochkomplexen Bezüge von Arbeit im lokalen und globalen Zusammenhang, deswegen neu den Pluralismus schätzen lernen. Gerade angesichts der zunehmenden Phänomene von „Abschattungen“ und so genannten „Blasen“ bleibt es aktuell wie brisant, dass der Sinnhorizont der Überzeugungen von der unbedingten Würde des Menschen in seiner Einzigartigkeit und Vielfalt dort offenzuhalten ist, wo es darum geht, in allem das Prinzip der Personalität und damit der Würde des Menschen sozialethisch herauszuarbeiten. Wir helfen Fesseln zu sprengen, wenn wir genau unter dieser Rücksicht als Kirche sozialethisch eine eigenständige Stimme erheben und uns immer auch ordnungspolitisch klar positionieren. Denn es geht darum, sämtlichen wirtschaftlichen Prozessen und somit auch denen, die vor allem die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer betreffen, kluge, gesellschaftlich wünschenswerte und politisch legitimierte Regeln zu geben, die einer funktionsfähigen sozialen Marktwirtschaft weiteren Raum gewähren. Es geht bei allen Regeln in der Wirtschafts- und Sozialpolitik darum, dasjenige zu fördern, was das menschliche Leben menschenwürdiger macht, wozu u.a. die konkreten Arbeits- und Lebensbedingungen in den Blick genommen werden müssen. Darin liegt auch das eigentliche Soziale der sozialen

Marktwirtschaft. Markt und Wettbewerb sind in einer solchen sozialen Marktwirtschaft immer als Mittel, nicht als Ziel der gesellschaftlichen Gestaltung zu verstehen. Es geht um Mittel, nicht darum, den Interessen und Privilegien einiger weniger wirtschaftlicher Akteure Raum zu geben, sondern um der Verbesserung der Lebensbedingungen und Entwicklungsmöglichkeiten aller zu dienen. Ludwig Erhard hat das vor Jahrzehnten einmal auf die einfache Formel gebracht: „Wohlstand für alle“. Von hierher ergeben sich die Möglichkeiten von Teilhabe. Das muss das Ziel sozialer Marktwirtschaft sein und Kristallisationspunkt einer Ordnungspolitik, die sich wirtschaftspolitisch beweisen will und für ein gutes Leben förderlich sein kann. Unter einer solchen Rücksicht ist Ordnungspolitik immer auch Ordnungsethik.

Schließlich ist nicht zu vergessen, dass eine so definierte soziale Marktwirtschaft ein Friedensprojekt ist. Wenn wir die soziale Marktwirtschaft ordnungsethisch deuten, geht es darum, die Ideale von Gerechtigkeit, Freiheit und wirtschaftlichem Wachstum in ein vernünftiges Gleichgewicht zu bringen. Dabei bleiben natürlich ohne Frage die Prinzipien von Privateigentum, Vertragsfreiheit, Primat der Währungspolitik bestehen, die nicht nur berechtigt, sondern zweifellos auch in ethischer Hinsicht wichtig und bedeutsam sind. Schließlich ist daran zu erinnern, dass in den Auseinandersetzungen um den besten Weg dahin die ethische Güte von Kompromissen und damit von „zweitbesten Lösungen“ nicht unterschätzt werden dürfen. Es gibt nie nur das eine bessere Argument und die eine mögliche Antwort. Der Kompromiss ist aber kein Behelfsmittel, um in der pluralisierten beschleunigten Welt überhaupt noch zu irgendwelchen Antworten zu kommen, sondern ein Ort mit einem eigenen ethischen Stellenwert. Jede Form von politischer Ethik, so auch soziale Ethik, ist in diesem Sinne wesentlich Kompromissethik. Dabei gilt, dass die Realität Vorrang hat vor den Prinzipien. Was in der Konsequenz bedeutet, dass die normative Auslegung und Anwendung der Prinzipien nicht die Leistung irgendwelcher Verantwortlicher sein kann, die bloß ihr theoretisches Wissen technisch zur Anwendung bringen wollen. Vielmehr stellt die Realität zugleich eine immer neue Bewährungsprobe für die Prinzipien dar, die spätestens dann überdacht und reformuliert werden müssen, wenn sie keine Antwort mehr auf die aktuellen Fragen und Herausforderungen geben können. Darum eben sind die Fragen des sozialen Miteinanders in einer freiheitlichen Gesellschaft kontinuierlich und im Wege eines demokratischen Willensbildungs- und Entscheidungsprozesses zu lösen. Diese würdigen den Kompromiss als integrales Element dieses demokratischen Prozesses, weil dieser die zeitliche wie örtliche Bedingtheit und die Vorläufigkeit, die jedem Kompromiss innewohnt,

eben nicht als Defizit begreift, sondern als der komplexen Realität und der Vielfalt legitimer Optionen angemessen ansieht. Genau darum haben auch wir als evangelische und katholische Kirchen in unserem im April 2019 erschienenen gemeinsamen Wort zur Demokratie gesagt: „Damit dieser demokratische Prozess gelingen kann, ist vor allem anderen der Respekt gegenüber Andersdenkenden gefordert. Dazu gehören das Bemühen, eigene Positionen mit Argumenten zu begründen, sowie die Bereitschaft, die Argumente anderer anzuhören und zu bedenken. Es gehören dazu nicht zuletzt auch die Fähigkeit zum Kompromiss, die Bereitschaft, sich gegebenenfalls mit einer aus der eigenen Sicht „zweitbesten“ Antwort auf eine politische Frage zufriedenzugeben.“ Genau unter dieser Rücksicht kann es gelingen, die Ziele von sozialer Gerechtigkeit und Solidarität, denen sich die soziale Marktwirtschaft von Anfang an verschrieben hat, heute in dem Maße zu realisieren, indem es tatsächlich gelingt, gesellschaftliche Institutionen zu gestalten, die soziale Anerkennung in Form von Partizipation an den und Inklusion in die wesentlichen politischen, wirtschaftlichen und kulturellen Lebensvollzüge der Gesellschaft vermitteln. Es geht in diesem Sinne nicht nur darum, „Wohlstand für alle“ zu generieren, sondern vor allem auch „Anerkennung für alle“. Genau so gilt, was Georg Krämer einmal schlicht so formuliert hat: „Sozial ist, was stark macht“.

IV.

Damit wird noch einmal deutlich, was bei dem Motto des heutigen Gottesdienstes auf spirituelle Weise so formuliert ist: „Güte wagen“. Güte wird dort gewagt, wo das Gute gesucht wird. Das Gute ist dabei das, was Menschen hilft, gerecht zu leben, stark zu sein, eben in sozialen Bezügen Gerechtigkeit zu üben und zu erleben. Gerade im Blick auf die Gefahren, die durch soziale Spaltung entstehen können, ist das von großer Bedeutung, weil hier gesehen wird, dass am Ende nicht nur die Gerechtigkeit steht, sondern auch die Freiheit. Die Freiheit, die nämlich darauf ruht, dass jeder das ihm Zustehende nicht nur erhält, sondern auch befähigt wird, sich dafür einzusetzen, um es auch einfordern zu können. Das ist im besten Sinne des Wortes ein Wagnis des Guten, zu dem auch die Güte gehört, aber nicht als eine passive und den Menschen zu Passivität ermunternde Haltung, sondern als eine, die sich aktiv dafür einsetzt, dass es wirklich wird. Denn was ist Güte? Güte wird deutlich im Helfen, wird in der Ermutigung zur Selbstwirksamkeit handfest und erfahrbar in den Hilfen, die Menschen erlangen, um das Leben zu bewältigen, vor allem, damit jeder Eigenverantwortung übernehmen kann. Denn ohne Eigenverantwortung ist kein (Sozial-) Staat zu machen. Hier liegt die Quelle einer Solidarität, die

sowohl den autonomen, als auch den sozialen Menschen beansprucht.

V.

Genau hier liegt auch die Kraft für ein subsidiäres Verhalten, das den Mut hat, zum Einsatz zu befähigen, aber auch zu ermuntern und darum so wach zu bleiben, dass es zu einer Tugend wird, was zum Motto des heutigen Gottesdienstes gehört: „Unrecht spüren – Fesseln sprengen – Güte wagen“. An dieser Stelle werden wir nämlich nüchtern, sind keine Menschen, die vom Sozialstaat gleichsam heilsgeschichtliche Erwartungen erfüllt wissen wollen, sondern solche, die von einer Politik der Befähigung ermöglicht werden können und an anspruchsvollen Zielen orientieren. So wie wir eine Kirche der Reform brauchen, so brauchen wir auch den Sozialstaat der Reform. Dies ist aller Mühe und allen Einsatzes würdig und zugleich allen Vertrauens auf den, der uns Menschen dazu die Kraft und das Vertrauen gibt: auf den Gott, der Frieden und Freiheit als Werk der Gerechtigkeit will (vgl. Jes 32,17). Amen.